

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Menschen in Not

Die Fraktion setzt auf die inklusive Flüchtlingspolitik. **S. 2**

Bestattungsrecht

Der Friedhofszwang in Bremen wird deutlich gelockert. **S. 3**

Stadtentwicklung

Leer stehende Büros sollen für Wohnraum genutzt werden. **S. 4**

Spähsoftware kontrollieren

Die Grünen-Fraktion will Überwachungssoftware unter das Kriegswaffenkontrollrecht gestellt wissen. Ein entsprechender Antrag für den Landtag fordert den Senat auf, sich dafür im Bund einzusetzen. Den Einsatz von Spähsoftware lässt das Bundesverfassungsgericht in seinem ‚Staatstrojaner-Urteil‘ nur unter strengen Auflagen zu, die bis heute technisch nicht realisiert sind. Mit solcher Überwachungssoftware wird tief in die Privatsphäre eingegriffen. Zudem sind damit Manipulationen an Inhalten möglich. „In Deutschland geltende verfassungsrechtliche Standards müssen auch für Exportware gelten. Solche Spähsoftware gehört unters Kriegswaffenkontrollrecht. Der ‚Arabische Frühling‘ hat gezeigt, dass damit Oppositionelle verfolgt werden und demokratischer Protest unterbunden wird“, so Netzpolitiker Mustafa Öztürk.

Damit die Stadt durchatmen kann



Vertikale Gärten sorgen für saubere Stadtluft.

Ob Parks, Kleingärten, die Ufer der Weser, der Feuchtlandgürtel am Stadtrand oder die Uni-Wildnis – die BremerInnen bewerten das Grün in ihrer Stadt als dicken Pluspunkt, wie jüngst eine Studie belegt hat. Doch nicht nur für die Lebensqualität, auch für den Klimaschutz und saubere Luft sind Bäume & Co. wichtig. Die Fraktion hat daher einen umfangreichen Maßnahmenkatalog beschlossen. „Bremen soll noch grüner werden und sich so besser vor den negativen Folgen des Klimawandels schützen“, erläutert die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer.

Die Auswirkungen der Erderwärmung sind für Bremen absehbar: mehr Starkregen, Hochwasser und Hitzewellen. „Um z.B. häufig überschwemmte Keller oder auch gesundheitliche Probleme älterer Menschen bei Hitze so weit wie möglich zu vermeiden, müssen wir heute handeln. Mehr Grün ist dafür ein wichtiger Baustein“, betont Maike Schaefer. Neben dem Erhalt der ‚grünen Lungen‘ und Kleingärten in der Stadt macht sich die Fraktion für den noch besseren Schutz von Bäumen stark. So sollen z.B. ein Baumkataster erstellt, ganze Baumbestände als Naturdenkmäler ausgewiesen und die Abstandsregelungen zu Gebäuden überarbei-

tet werden, um mehr Bäume vor der Axt zu bewahren. Neben Bäumen sollen zum Schutz vor Hitze auch Dachbegrünungen und vertikale Gärten an Fassaden vorangetrieben werden. Zugleich wollen die Grünen die biologische Vielfalt erhöhen, wozu u.a. mehr Wildblumen am Straßenrand und in Grünanlagen sowie die Renaturierung von Flussufern beitragen sollen. Um besonders belastete Stadtteile ökologisch aufzuwerten, regt die Fraktion analog zu WIN-Gebieten ein PIN-Programm an: ‚Pflanzen in Nachbarschaften‘. „Eine stärkere Begrünung der Stadt dient auch dazu, die Luftverschmutzung zu verringern. Außerdem fordern wir ein Online-Geruchskataster, in das BürgerInnen störende Gerüche eintragen. So können die Ursachen schneller herausgefunden werden“, erklärt Maike Schaefer.

Um künftige Wassermassen in Schach zu halten, müssen neben Deicherhöhungen der Flächenverbrauch und die Versiegelung verringert werden. Selbst kleine Maßnahmen helfen: Für Parkplätze könnten Gittersteine statt Asphalt genutzt und Zwischen-Stauräume in der Stadt geschaffen werden.

Das 16-seitige Positionspapier dazu steht unter: www.gruene-fraktion-bremen.de.

Willkommen in Bremen!

Starke Solidarität statt Stigmatisierung - darauf kommt's bei der Aufnahme von Flüchtlingen an, wie Zahra Mohammadzadeh im Interview betont.

Sie geben in ihrer Heimat alles auf – Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung in Bremen unterkommen. Worauf es bei ihrer Aufnahme ankommt, erläutert die integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh.

Nach z.T. aufgeheizten Diskussionen ist der Weg für die bisher geplanten Übergangswohnheime durch die Voten der Beiräte frei. Ist damit der Spagat zwischen schneller Unterbringung von Menschen in Not und dem Zerstreuen von Befürchtungen mancher AnwohnerInnen vor Ort gelungen?

Zahra Mohammadzadeh: Die Diskussionen waren kontrovers, aber das hat die Positionen geklärt. Wir haben großes Verständnis für die Befürchtungen von AnwohnerInnen. Aber wir wenden uns entschieden gegen die Stigmatisierung der Menschen in Not, die zu uns kommen. Wenn das Konsens ist, sind Diskussionen über das Wie nur zu begrüßen. Sie sind Ausdruck unseres Demokratieverständnisses und schaffen die Voraussetzungen für die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in den Stadtteilen. Wir wollen in Bremen eine positive Willkommenskultur, für die wir schon viel getan haben. Die positiven Erfahrungen aus Mitte und Schwachhausen zeigen auf, welch großes Potenzial unsere Stadtgesellschaft zur Integration von Flüchtlingen bieten kann.

Reichen die bisherigen Beschlüsse, um Notunterkünfte in Zelten zu vermeiden?

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das steht so im Grundgesetz. Die Unterbringung von Familien mit kleinen Kindern, Senioren oder traumatisierten Menschen in Zelten ist mit diesem Gebot nicht vereinbar. Nur in einer absoluten Notsituation darf davon abgewichen werden. Auf der Grundlage der gefassten Beschlüsse müssen wir weiterhin dafür sorgen, dass eine solche extreme Notsituation nicht eintritt. Auch für die kommende Zeit, denn es werden weiterhin Flüchtlinge nach Bremen kommen. Deshalb müssen wir uns dauerhaft neu aufstellen und weitere Unterkünfte suchen. Flüchtlinge haben ein Anrecht auf Schutz und humane Unter-

bringung, aber die genannten Gruppen besonders. Ziel ist es, diese maximal für drei Monate in den Behelfsbauten zu belassen. Dann sollte es möglich sein, sie in eigenen Wohnungen unterzubringen. Die Suche danach konzentriert sich auf alle Stadtgebiete. Daneben machen wir uns Sorgen über unbegleitete Minderjährige, die nicht nur aus jugendrechtlichen Gründen eine intensive Betreuung brauchen. Wer selbst heranwachsende Kinder hat, weiß das. Kinder und Jugendliche gleich welcher Nation sind der größte Schatz, den die Menschheit hat.

„Viele BremerInnen haben sich für eine menschliche Lösung stark gemacht.“

Zahra Mohammadzadeh

Der Senat hat ein Gesamtkonzept zur Integration von Flüchtlingen vorgelegt, das z.B. Sprachförderung, Kinderbetreuung und Beschulung vorsieht. Wie bewerten Sie das?

Das Konzept des Senats trägt konsequent der Erkenntnis Rechnung, dass die meisten Flüchtlinge hier bei uns bleiben werden. Diese Einsicht hat nachhaltige Maßnahmen zur Folge. Fragen des Alltags sind zu klären, bei denen vor allem die Familien Unterstützung brauchen. Das Konzept folgt einem umfassenden Ansatz, der alle Probleme einbezieht, auch, aber nicht nur das der Akzeptanz. Wir haben mehrheitlich Menschen vor uns, die so schnell wie möglich für sich selbst sorgen wollen. Sie brauchen folglich Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir haben Kinder und Jugendliche vor uns, die vorschulische Betreuung, Schulbildung und Berufsausbildung benötigen. Und für sie alle muss die Gesundheitsversorgung sichergestellt werden. Durchgängig ist auch die für die Integration unumgängliche Sprachausbildung zu gewährleisten. Sehr wichtig ist mir bei all diesen Herausforderungen, dass das Senatskonzept die Stadtteile und ihre Gremien nicht allein lässt. Ein Beispiel für diesen Rückhalt ist der Erlass der Innenbehörde zur Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Angesichts der weltweiten Krisenherde

und damit womöglich weiter zunehmenden Flüchtlingszahlen: Welche Perspektive sehen Sie für die Flüchtlingspolitik in Bremen?

Was Bremen braucht und hilft, ist eine inklusive Flüchtlingspolitik. Die Flüchtlingszahlen werden weiter steigen. Es wird wieder kontroverse Positionen und Debatten geben. Aber nur ein inklusiver und integrativer Umgang damit wird die Probleme vermeiden helfen. Eine der wichtigsten Passagen im Senatskonzept ist die Schilderung der zahlreichen BremerInnen, die sich in den Stadtteilen für eine menschliche Lösung des Unterbringungsproblems stark gemacht haben. Das ist die Grundlage für unsere Flüchtlingspolitik. Ein grundlegender Perspektivwechsel ist angesichts dieser starken Solidarität in vielen Stadtteilen erreichbar. Nicht nur die Politik in Bremen, sondern auch die BremerInnen stehen zu ihrer historischen Verantwortung. Wir haben bereits eine große Vielfalt in der Bevölkerung und ein Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und Prägungen. Die Flüchtlinge wollen sich mehrheitlich dort einordnen. Kein Mensch verlässt grundlos und leichtfertig seine Heimat. Wir müssen die Potenziale der Menschen anerkennen, fördern und nutzen.



Zahra Mohammadzadeh,
integrationspolitische Sprecherin

Letzter Wille besser erfüllbar

Die Friedhofskultur ist im Umbruch, die Bestattungswünsche sind heute so bunt wie das Leben selbst. In Bremen wird der letzte Wille von Verstorbenen künftig besser berücksichtigt. Dafür wird der Friedhofszwang auf Initiative der Grünen-Fraktion gelockert. Die befristete Aufbewahrung der Urne zu Hause wird ebenso ermöglicht wie das Ausstreuen der Asche auf ausgewiesenen Flächen. Geknüpft ist das an Bedingungen, die einen Missbrauch der neuen Möglichkeiten durch Hinterbliebene z.B. aus rein finanziellen Erwägungen verhindern.

„Unsere Reform wahrt die Balance zwischen mehr Individualität und Pietät. Die Berücksichtigung individueller Bestattungswünsche ist für uns ein Zeichen von Respekt den Toten gegenüber. Damit bieten wir all jenen eine Alternative, die für die Aushändigung der Urne bisher zum unwürdigen ‚Leichentourismus‘ ins liberale Ausland gezwungen waren. Auch kann eine Blumenwiese, auf der die Asche verstreut wird, genauso ein gemeinsamer Trauer- und Erinnerungsort sein wie die Grabstelle. Die Würde von Verstorbenen endet schließlich nicht am Friedhofstor“, erklärt die stellv. Fraktionsvorsitzende Maïke Schaefer.

Zu den Eckpunkten der Bestattungsrecht-Reform gehört, dass Angehörige von Verstorbenen die Urne für zwei Jahre zu Hause aufbewahren dürfen. Vorausgesetzt, die bzw. der Verstorbene hat diesen Wunsch zu Lebzeiten bekundet und eine Urnengrabstelle gepachtet. Das Ausstreuen der Asche auf einer ansprechend gestalteten Friedhofsfläche wird ebenfalls ermöglicht. An welchen Orten



außerhalb der Friedhofsmauern das zusätzlich möglich sein kann, soll der Senat prüfen. Bei Sozialbestattungen bleibt die Wahlfreiheit zwischen Erd- und Feuerbestattung erhalten.

Zugelassen werden sollen auch individuelle Grabgestaltungen und Bestattungswälder. Muslimische BremerInnen müssen das Recht erhalten, ihre Verstorbenen ihrem Glauben gemäß auf geeigneten Flächen in Leichentüchern zu bestatten. Nicht zuletzt sollen Beerdingungen künftig auch an Wochenenden möglich sein. „Wir wollen die Beerdingungstermine auf freitagnachmittags und samstags ausweiten. Das ist bürgerfreundlicher. Heute leben viele Familien weit

verstreut in der ganzen Republik. Ein Beerdingungstermin am Wochenende erleichtert ihnen das gemeinsame Trauern“, so Maïke Schaefer.

Darüber hinaus plädieren die Grünen dafür, dass die Friedhöfe insgesamt attraktiver werden. „Neben Friedwäldern sind für viele Menschen z.B. Memoriam-Gärten eine reizvolle Alternative zum Reihengrab. Friedhofsflächen sollten landschaftlich und ökologisch attraktiver gestaltet werden, was zugleich den Pflegeaufwand und Kosten verringert. In der Attraktivierung von Friedhöfen liegt die Chance, sie als gemeinschaftliche Orte der Erinnerung zu erhalten“, betont Maïke Schaefer.

Homosexuelle zur Blutspende zulassen

Die Grünen-Fraktion macht sich mit einem Antrag dafür stark, dass Homosexuelle nicht länger pauschal von der Blutspende ausgeschlossen werden. Bisher müssen willige Blutspender auf einem Fragebogen ankreuzen, ob sie homosexuell sind. Denn Homosexuelle sind aus Sorge vor HIV-Infektionen von der Blutspende ausgeschlossen. Dabei ist nicht Homosexualität der Grund für ein erhöhtes HIV-Risiko, sondern allein das risikohafte Sexualverhalten wie etwa der ungeschützte Geschlechtsverkehr mit häufig wechselnden PartnerInnen. Das aber betrifft Heterosexuelle ebenso wie Homo- oder Bisexuelle. Bremen soll

sich deshalb auf Bundesebene für eine diskriminierungsfreie Regelung einsetzen, bei der künftig nur nach dem individuellen Risikoverhalten gefragt wird.

„Der generelle Ausschluss von Homosexuellen von der Blutspende muss aufgehoben werden. Damit wird eine ganze Personengruppe unter Generalverdacht gestellt. Das ist verfehlt. Sexuelle Orientierung ist nicht mit riskantem Sexualverhalten gleichzusetzen. Will man ein akutes HIV-Risiko erkennen, muss man nach dem tatsächlichen Verhalten fragen“, betont der stellv. Fraktionsvorsitzende und Initiator des Antrages Björn Fecker.

Für eine rationale statt diskriminierende Risiko-Analyse setzt sich auch die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther ein. „Bei jeder Blutspende muss natürlich die größtmögliche Sicherheit gewährleistet sein. Darum wird jede Blutspende auch einem Test zur Erkennung einer HIV-Infektion unterzogen. Um das Risiko schon vorab einzuschätzen, ist die Frage nach dem tatsächlichen Sexualverhalten wesentlich zielführender als pauschale Vorverurteilungen. Blutspenden retten Leben. Deshalb sollten wir uns über jeden Menschen freuen, der sich dazu bereit erklärt“, so Kirsten Kappert-Gonther.

Leer stehende Büros und Parkdecks umnutzen

Wohnen und Handel ermöglichen

Um den Wohnungsbau voranzutreiben, nimmt die Fraktion jetzt auch leer stehende Gewerbeimmobilien und öffentliche Gebäude in den Blick. Außerdem soll die Umnutzung der unteren Etagen der Innenstadtparkhäuser geprüft werden, um mehr zusammenhängende Einzelhandelsfläche in der City zu schaffen. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der Grünen beschlossen.

Veränderungen im Einzelhandel, die demografische Entwicklung, der Trend zu Online-Einkäufen und andere wirtschaftliche Einflüsse – das läuft im Ergebnis bereits heute in etlichen Fällen auf Leerstand hinaus. Das Potenzial verwaister Büroflächen, Geschäftshäuser, Verwaltungsgebäude und Industriebrachen soll genutzt werden, um neuen Wohnraum zu schaffen. Falls nötig, sollen die Bebauungspläne dafür ggf. geändert werden.

„Diese Initiative ist ein weiterer Baustein zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums und für eine lebendige Innenstadt. Die Umnutzung von Gewerbeimmobilien für Wohnungen kann auch wirtschaftlich eine attraktive Alternative zum Leerstand sein. Neben erschwinglichem Wohnraum erhoffen wir uns davon auch mehr Angebote für gemeinschaftliches, altersgerechtes oder ökologisches Wohnen. Gerade die Umwandlung von Gewerbeimmobilien bietet die Chance, die zunehmend gefragte Kombination von Wohnen und Arbeiten besser zu ermöglichen“, erläutert der stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner.



Ungenutzte Parkhousebenen bieten sich an, um mehr Handelsfläche zu schaffen.

Dabei liegt der Fokus nicht allein auf ungenutzten Immobilien aus privater Hand. Der Senat soll auch ermitteln, welche Gebäude und Liegenschaften in bremischem Besitz zu Wohnraum umfunktioniert werden können. „Dabei ist uns wichtig, dass Wohnraum flexibler nutzbar geplant wird und den veränderten Lebenssituationen von MieterInnen und EigentümerInnen leichter angepasst werden kann“, betont Carsten Werner.

Neben mehr Wohnraum machen sich die Grünen mit einem weiteren Antrag für zusätzliche bzw. zusammenhängende Einzelhandels-

flächen stark, bei denen Bremen im Vergleich zu anderen Städten hinterherhinkt. Dafür sollen die jeweils beiden unteren Etagen der Innenstadtparkhäuser genutzt werden, wie das etwa beim Parkhaus in der Langenstraße mit Gastronomie, Einzelhandel und Nahversorgung schon der Fall ist. „Wir wollen z.B. im Parkhaus Mitte auch einen attraktiven Mix aus Einzelhandel, Gastronomie und mehr ansiedeln. Das würde an dieser zentralen Stelle die Anziehungskraft der Innenstadt weiter stärken“, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Einstieg ins Versorgungsnetz

Bremen und Bremerhaven streben eine 25,1-prozentige Beteiligung an den Netzen für Strom, Gas, Wärme und Wasser an. Unterm Strich würde die Netzbeteiligung den beiden Städten eine feste Rendite bringen, wie die Prüfung des Senats ergeben hat. Die Bürgerschaftsfraktion der Grünen unterstützt das Vorhaben. „Der begrenzte Einstieg würde Mehreinnahmen für den Haushalt bedeuten. Das eröffnet u.a. die Perspektive, den Klimaschutz finanziell zu stärken“, betont der finanzpolitische Sprecher Hermann Kuhn.

Energiepolitisch gibt es nur einen engen Handlungsspielraum durch die Beteiligung,

denn insbesondere der Betrieb von Stromnetzen ist über das Energiewirtschaftsgesetz stark reguliert. „Wir wollen aber jeden Spielraum nutzen, damit Bremens Energieversorgung zukunftsfähig und ökologischer wird. So soll es künftig möglich sein, Wärme ins Fernwärmenetz einzuspeisen. Zudem sollen die Nutzungspreise für die Wegerechte im Fernwärmebereich abhängig gemacht werden von der Sauberkeit der Wärme. D.h.: wer ‚schmutzige‘ Wärme aus Steinkohle mit hohem CO₂-Faktor transportiert, muss höhere Gebühren zahlen als für sauberere Energiequellen verlangt werden“, betont die energiepolitische Sprecherin Anne Schierenbeck.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen